



STREIK

Weniger Geld für mehr Arbeit ist der falsche Weg!

6000 Bedienstete waren dem Aufruf der GdP, GEW und ver.di zum Warnstreik am 23. Juni 2005 nach Stuttgart gefolgt.

Rund 6000 Bedienstete der Landesverwaltung, unter anderem aus der Polizei, den Universitätskliniken, der Finanzverwaltung, den Staatstheatern Karlsruhe und Stuttgart und den Schulen aus ganz Baden-Württemberg waren dem Streikaufruf der Gewerkschaft der Polizei, ver.di, GEW und der Tarifunion des DBB gefolgt und am 23. 6. 2005 nach Stuttgart zu einem Protestmarsch und anschließender Kundgebung auf dem Schlossplatz gekommen.

Die Teilnehmer forderten, den zwischen den Tarifvertragsparteien ausgehandelten Tarifvertrag für Bund und Kommunen auch für die Bediensteten der Landesverwaltung zu übernehmen.

Um ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich zu unterstützen, hatten viele Beamtinnen und Beamte extra einen Tag Urlaub genommen und waren teilweise in Dienstkleidung nach Stuttgart gekommen.

Einflussnahme

Rüdiger Seidenspinner, der als stellvertretender Landesvorsitzender neben den anderen anwesenden Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes, Lothar Adolf, Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher, am Demonstrationszug teilnahm, verurteilte in seiner Auftaktrede die teilweise versuchte Einflussnahme mancher Dienststellenleiter auf die streikbereiten Kolleginnen und Kollegen. „Ich begrüße besonders die Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht von der massiven Einflussnahme einiger Chefs haben



Rüdiger Seidenspinner: „Wir kommen wieder – das ist ein Versprechen.“

abschrecken lassen. Für manche dieser Herrn grenzt Streik immer noch an Revolte oder Umsturz“, so Rüdiger Seidenspinner.

Öl im Motor

Rüdiger Seidenspinner bezeichnete die Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, von den Datenstationen, aus dem Schreibdienst und vielen anderen Betätigungsfeldern als das Öl im Motor, denn ohne Öl läuft gar nichts mehr. „Unsere Landesregierung will, wie auch andere Bundesländer, vor allem längere Arbeitszeiten.

Sorgen Sie für Klarheit, Herr Ministerpräsident

Unsere Landesregierung redet von Gerechtigkeit und hat den Beamtinnen und Beamten schon 41 Stunden per Order de Mufti aufs Auge gedrückt“, so Rüdiger Seidenspinner weiter. Er forderte den Ministerpräsidenten Günter Oettinger auf, endlich für Klarheit zu sorgen. Sonst war der Warnstreik erst der Anfang; dies sei keine Drohung, sondern ein Versprechen.



Vereint mit den Kolleginnen und Kollegen von ver.di.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Gleiche Bedingungen gefordert

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske war einer der Hauptred-

ner auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Es sei untragbar, dass auf Bundesebene und in den Kommunen andere Bedingungen für die gleiche Arbeit herrschten als in den Ländern. Der neue Tarifabschluss sei ein großer Wurf, der eine umfassende Reform im Öffentlichen

Dienst bringe. Die Länder müssten zustimmen und nicht ‚nach Guts-herrenart‘ mit ihren Mitarbeitern spielen, um Arbeitsplätze abzubauen. „Weniger Geld für mehr Arbeit ist der falsche Weg, gegen Binnenmarktschwäche vorzugehen“, so Bsirske in seiner Rede.

In einem Grußwort unterstützte ein Studentensprecher die Anliegen der streikenden Kolleginnen und Kollegen. Die Studentenvereinigungen hatten am Nachmittag zu einer Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren aufgerufen. **Wok**



Überall GdP-Luftballons am Stuttgarter Schlossplatz.



Ein Meer von GdP-Fahnen.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg
GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
freecall: 08 00 / 13 26 000
Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Bezirkspersonalrat der Polizei,
Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6381



Über 6000 Kolleginnen und Kollegen waren dem Streikaufruf gefolgt.

„Urlaubsgeld von deiner GdP!“

5% Rückerstattung des Reisepreises bei allen Pauschalreisen, die beim Sozialwerk der Polizei GmbH gebucht werden – nur für GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen.

Ruft an 07042 / 879-0

Mitgliedschaft in der GdP zahlt sich aus!!!!

PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom 28. 11. bis 1. 12. 2005 werden in den Dienststellen der Polizei des Landes die Personalratswahlen stattfinden. Dann geht die durch das Verwaltungsstrukturgesetz um fast ein Jahr verlängerte Wahlperiode zu Ende. Die GdP wird rechtzeitig engagierte und kompetente Arbeiterinnen/Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte als Kandidatinnen/Kandidaten für den



Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium, die Bezirkspersonalräte der Polizei bei den Regierungspräsidien, den Bezirkspersonalrat beim Bereitschaftspolizeipräsidium und die örtlichen Personalräte in allen Polizeidienststellen präsentieren.

Darüber hinaus werden unsere Spitzenkandidatinnen und -kandidaten – beginnend mit dieser Ausgabe – das Landesjournal Baden-Württemberg in der „Deutschen Polizei“ nutzen, um „unsere Sicht der Dinge“ als Orientierung für die Wahlentscheidungen der Kolleginnen und Kollegen darzustellen. Ich möchte deshalb euch alle bitten, unsere Meinungen in den Dienststellen vor allem auch an die Kolleginnen und Kollegen weiter zu geben, die sich aus irgendwelchen Gründen bisher keiner Gewerkschaft angeschlossen haben. Wir brauchen eine hohe Wahlbeteiligung, um unser Wahlziel zu erreichen. Wir wollen die stärkste gewerkschaftliche Kraft in den Personalräten des Landes bleiben und wir wollen auch wieder die Mehrheit im Hauptpersonalrat der Polizei erreichen!

Es geht bei diesen Personalratswahlen – wie immer – nicht nur darum, persönlich einen Wählerauftrag zu erhalten, es geht auch darum, dass die Politik der Gewerkschaft der Polizei gestärkt wird. Personalräte und Gewerkschaften sind fast so untrennbar miteinander verbunden, wie „siamesische Zwillinge“. Das eine geht ohne das andere nicht, insbesondere auch deshalb nicht, weil der Gesetzgeber im Land Baden-Württemberg die Rechte der Personalräte nicht unbedingt progressiv ausgestaltet hat.

Wir wollen in den nächsten Monaten immer an gleicher Stelle die Unterschiede zwischen unseren Positionen und denen unserer Mitbewerber konkret darstellen.



Diese Absicht steht – darauf möchte ich ganz besonders hinweisen – nicht im Widerspruch zu der von uns initiierten Kooperation mit der DPolG im Deutschen Beamtenbund und dem BDK. Dieses Zweckbündnis ist sinnvoll und soll nach unserer Sicht auch Bestand haben. Das Aufzeigen der Unterschiede steht auch nicht im Widerspruch zu der vom Gewerkschaftsbeirat der GdP Baden-Württemberg beschlossenen „Offenburger Entschließung“ mit der wir uns klar und deutlich für den Zusammenschluss aller Gewerkschaften im Polizeibereich ausgesprochen haben!

Weil diese Bestrebungen bei unseren Mitbewerbern bisher aber keine Unterstützung finden, wollen wir durch eure Mithilfe gestärkt aus den Personalratswahlen hervor gehen, vor allem mit dem Anspruch, dass unsere völlig gegenteilige Meinung zur Reform des Beamtenrechts, die vom Deutschen Beamtenbund, ver.di und dem noch im Amt befindlichen Bundesinnenminister gemeinsam ausgeheckt wurde, die Meinung der Mehrheit der Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg ist.

Wir wollen erreichen, dass alle Kolleginnen und Kollegen diese Unterschiede erkennen und deshalb den GdP-Kandidatinnen und -kandidaten ihr Vertrauen schenken. GdP – Mach(t) dich stark!

Josef Schneider
Landesvorsitzender



Es wird immer schlimmer



Manchmal fragt man sich schon in was für einer Republik wir leben.

Selbstherrlichkeiten, Selbstüberschätzungen und sogar die Missachtung von Grundrechten nehmen in der Polizei langsam aber sicher ein Ausmaß an, das mehr als beängstigend ist.

So werden nicht nur die Datenschutzbestimmungen in manchen Bereichen so mit Füßen getreten, dass

selbst der Landesdatenschutzbeauftragte fündig geworden ist, sondern auch andere Grundrechte – wie z. B.: die Meinungsfreiheit – werden eingeschränkt.

Ein Reporter wollte anlässlich der Kandidatenkür der CDU für den Ministerpräsidentenstuhl eine Umfrage machen, in der die befragten Menschen lediglich ihre Wünsche an den neu gekürten Landeschef artikulieren sollten.

Es sollte auch ein Polizeibeamter zu Wort kommen. Dieser war schnell gefunden. Da der Reporter schon einmal etwas von „Aussagegenehmigung“ gehört hat, setzte er sich mit der PD des Kollegen in Verbindung.

Von dort wurde die Aussagegenehmigung nicht erteilt. Begründung gab es keine. Die PD wollte einfach nicht, dass dieser Beamte einfach seine Wünsche an den zukünftigen Ministerpräsidenten innerhalb von Sekunden darlegt. Was könnte sich dieser denn wohl alles wünschen?

Bei dem Kollegen handelt es sich um den GdP-Kreisgruppenvorsitzenden der PD. Also war die Angst vor Revolte oder gar Schlimmerem berechtigt!

Ein GdP-Kreisgruppenvorsitzender ist durchaus in der Lage innerhalb von Sekunden neben Beleidigungen der Politik, Sachbeschädigung an der Kamera auch noch die Grundfesten der Demokratie zu erschüttern.

R. Seid

Tarifpolitik in der Klemme

Seit 1988 bin ich als chemisch-technische Assistentin beim LKA in der Kriminaltechnik beschäftigt. Als stellvertretende Personalratsvorsitzende verrete ich bereits in der dritten Wahlperiode die Interessen der Tarifbeschäftigten und als Frauenvertreterin die meiner Geschlechtsgenossen. Gewerkschaftlich bin ich insbesondere in den Bereichen Tarif- und Chancengleichheitspolitik tätig. Dort, wie auch auf allen anderen Gebieten, hat man als Gewerkschafterin zurzeit einen schweren Stand!



Die öffentliche Meinung ist gegen uns und die Parteien und Arbeitgeberverbände scheuen sich nicht uns Gewerkschaften als Grund für die miserable Lage auf dem Arbeitsmarkt anzuführen. Auch unser Arbeitgeber schlägt in diese Kerbe.

Aber es wird auch deutlich, dass ohne uns GdPler „Vater Staat“ – unser fürsorglicher Arbeitgeber – noch ruppiger mit uns umgehen würde!

Er hätte es gerne, dass wir

- 42 Stunden und mehr pro Woche arbeiten,
- auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten
- und an Gehaltserhöhungen möglichst nicht denken.

Dafür haben wir ja auch einen sicheren Arbeitsplatz, so die öffentliche Meinung.

Nur dieser sichere Arbeitsplatz ist für viele Kolleginnen und Kollegen nie Wirklichkeit geworden. Sie sitzen auf befristeten Stellen, abhängig von den „Besitzern“ der Stelle und deren Planung. Sie sind außerdem bedroht von einer unsäglichen Regelung, wonach das Innenministerium befristete Vertretungsarbeitsverträge auch dann nur in Ausnahmen über fünf Jahre verlängert, wenn die Stelleninhaberin z. B. durch ein zweites Kind ihre Beurlaubung auf sechs oder mehr Jahre ausgedehnt hat.

Über all diesen Unwägbarkeiten hängt das Damoklesschwert des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst und damit auch bei der Polizei.



Europäischer Standard

In den nächsten Jahren sollen hunderte von Stellen diesem Abbau zum Opfer fallen. Ungeachtet der Ankündigung unseres neuen Ministerpräsidenten, der ein sicheres Baden-Württemberg versprochen hat.

Ein aus polizeilicher Sicht sicheres Baden-Württemberg ist aber nur mit uns Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich möglich!

Wir halten den Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Kriminalpolizei durch unsere Arbeit den Rücken frei für die Polizeiarbeit vor Ort. Wir sichern und stellen die notwendige Technik zur Verfügung und wir erarbeiten den kriminaltechnischen Sachbeweis.

Deshalb werde ich

- gegen einen weiteren Stellenabbau im Tarifbereich kämpfen,
- mich für die Abschaffung der 5-Jahres-Grenze einsetzen
- und unsere Besitzstände in punkto Bezahlung verteidigen.

Dafür bitte ich um ihre Stimme bei der bevorstehenden Personalratswahl.

*Ihre Kandidatin
Dagmar Hölzl*

Vorsitzende der FRAUENGRUPPE



ICH MACHE MICH
STARK FÜR IHRE
INTERESSEN.

Europäisch bedeutet für Bürokraten und manchen Politiker die Gleichmachung von Ungleichen. Für jeden verständlich wäre es, wenn dieses Gleichmachen eine Anpassung an das höchste Niveau würde. Aber weit gefehlt. Europäischer Standard als Begründung wird dann herangezogen, wenn etwas geändert werden soll, was unnötig ist, oder etwas auf einem niedrigeren Niveau gehalten oder sogar schlechter werden soll.



Da scheut man sich auch nicht, das Wort europäischer Standard so lange hin und her zu biegen, bis es passt.

So wurde uns Polizisten vor kurzem erklärt, dass die Farbe der Dienstkleidung der Polizei in Europa blau sei und deshalb auch die Polizei in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern blaue Dienstkleidung tragen müsste. Dies sei europäischer Standard.

Wahrscheinlich hatten wir deshalb in Deutschland auch eine der höchsten Aufklärungsquoten, weil wir in Europa bisher überhaupt nicht als Polizei erkannt wurden.

In vielen europäischen Polizeien ist das sog. Basecap oder das Poloshirt mittlerweile Standard. In Baden-Württemberg wird das Poloshirt von Polizeiführern mit der Begründung abgelehnt, es passe nicht zu unserer Uniform, sprich Dienstkleidung.

Selbst die Polizisten in Kroatien tragen das Poloshirt als Oberbekleidung. Ist unsere Polizei mehr militaristisch oder unsere Staatsform weniger demokratisch?

Andere Politiker sind davon überzeugt, dass Deutschland das Maß der Dinge in Europa ist und wir nur noch in Kleinigkeiten, wie der Farbe der Dienstkleidung dem europäischen Standard hinterherhinken.

Digitalfunk ist mittlerweile Europäischer Standard in der Kommunikation der Polizei. Allerdings gibt es in Europa auch heute noch in 2 Ländern keinen Digitalfunk. Dies sind Albanien, das bis vor kurzem noch im tiefsten Kommunismus lebte, und . . . die Bundesrepublik Deutschland.



Wozu eigentlich Personalräte

Aber die blaue Dienstkleidung wird sich in Deutschland sicher schneller verbreiten als ein flächendeckendes Digitalfunknetz.

Mancher Politiker versucht zu erklären, in anderen Ländern in Europa wird länger gearbeitet – und will uns mit dieser Begründung auf europäischen Standard heben.

Einverstanden, aber den Hinweis, dass Polizistinnen und Polizisten in den meisten Ländern in Europa auch eine kürzere Lebensarbeitszeit als in Deutschland haben, will er nicht zur Kenntnis nehmen, so war es mit dem europäischen Standard nicht gemeint.

Europäischer Standard sollte das höchste Niveau haben, das Beste soll gut genug sein. Das, was die Politik uns oftmals versucht zu verkaufen, nennt sich in anderem Zusammenhang auch Mogelpackung.

Wolfgang Kircher



Es wird derzeit so getan, als wären Personalräte und Mitbestimmung Relikte aus der Vergangenheit, die nur noch von Sozialromantikern ernst genommen werden.

Doch wenn die Rechte, die wir haben, nicht ohne Wenn und Aber beachtet werden, wenn die Ansprüche immer höher geschraubt werden, wenn polizeiliche Alltagsarbeit immer weniger wert wird und statt dessen Excel und Power-Point erforderlich sind, um das tagtägliche Geschäft zu erledigen, dann muss es jemanden geben, der STOPP sagt.

Jemand, der sich traut, den Mund aufzumachen, der die Polizei mit anderen Augen sieht, der die Stimmung im Streifenwagen und den Büros der Kolleginnen und Kollegen kennt und deren Sprache spricht.

Personalräte können regulieren, sie können die Welt nicht aus den Angeln heben. Personalräte können für Transparenz sorgen, aber nicht für mehr Beförderungen. Personalräte wissen gerade über Dinge Bescheid, die gerne bei uns „vergessen“ werden.

Dienststellenleiter und Personalrat müssen vertrauensvoll zusammenarbeiten, so verlangt es der Gesetzgeber. Einige Dienststellenleiter kümmern sich nicht darum und benehmen sich, als wären sie das Gesetz selbst. Aber es gibt auch Personalräte, die ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

So wie bei den Dienststellenleitern, die sich um die Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes nicht kümmern, deren Befähigung zum „Chef“ überprüft werden müsste, gehört Personalräten, die ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, die Rote Karte gezeigt.



Zu Letzterem besteht vom 28. 11. bis 1. 12. 2005 die Möglichkeit. Also nutzt sie!

Rüdiger Seidenspinner

Ihr Zugang zu einer günstigeren Welt...



Familien-Spezial-Angebot!

Gültig vom 13.07.2005 – 02.09.2005

Deutschland/Rheinland-Pfalz Hunsrück Ferienpark Hambachtal In Oberhambach

Der familienfreundliche Ferienpark liegt in einer der walddreichten Gegenden Deutschlands, zwischen Rhein, Mosel, Saar und Nahe, im südlichen Hunsrück, idyllisch am Waldrand.

- 4 Übernachtungen in einer Zweizimmer-Wohnung bzw. Dreizimmer- oder Vierzimmer-Ferienhaus mit Frühstücksbuffet und Abendessen als Buffet, Grillabend oder 3-Gang-Menü mit Salatbuffet
- Großes Animationsprogramm für Erwachsene und Kinder
- Kindergarten mit Betreuung für jedes Alter
- Teensclub mit buntem Programm
- Shows und Musikveranstaltungen am Abend

4 Übernachtungen in der Zweizimmer-Wohnung und allen o.g. Leistungen

Preis pro Person ab 200,00 Euro

Inklusive Leistungen: Eintritt ins subtropische Erlebnisbad „Die Pyramide“ – Miniclub · Veranstalter: Neckermann Reisen

Teneriffa und La Gomera – Im Spätsommer vom 04.11. bis 11.11.2005



Teneriffa – die größte der kanarischen Inseln wird auch als „die Vielseitige“ bezeichnet und hat unendlich viel zu bieten: Eine faszinierende, farbenprächtige und üppige Vegetation, fruchtbare Täler, wüstenhafte karge Landschaften, wildzerklüftete schroffe Gebirge und malerische Küsten.

Entdecken Sie Teneriffas hohen Norden, ein ganzjährig blühender Garten auf einem ganztägigen Ausflug sowie La Gomera, Teneriffas „kleine Schwester“.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Stuttgart nach Teneriffa
- 7 Übernachtungen im Hotel Semiramis, Puerto de la Cruz
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Transfers Flughafen – Hotel und zurück
- Örtliche Vital Reisen Reiseleitung
- Ausflüge: La Gomera und Teneriffas hoher Norden inkl. Mittagessen mit Tischgetränken (lokaler Wein und Wasser), Loro Parque
- Vital Reisen Unterhaltungsprogramm
- Flugsicherheitsgebühren

Preis pro Person im DZ 839,00 Euro

Fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an!



Teneriffa – Wandern im Spätsommer vom 4.11. bis 11.11.2005

Entdecken Sie Teneriffa als wahres Paradies für Wanderfreunde. Urwüchsige Landschaften, eine farbenprächtige Vegetation, sanftgrüne Täler, duftende Kiefernwälder, wildzerklüftete Gebirge und malerische Küsten.

IN PLANUNG für OKTOBER
Wir planen eine Seniorenreise nach Görlitz und auf die Wartburg – nähere Informationen erhalten Sie in unserem Reisebüro.

Sie haben Sie Möglichkeit, zwischen der kleinen Wanderwoche mit 3 geführten Wanderungen zu wählen und der großen Wanderwoche mit 5 Wanderungen.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Stuttgart nach Teneriffa
- 7 Übernachtungen im Hotel Semiramis, Puerto de la Cruz
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Transfers Flughafen – Hotel und zurück
- Örtliche Vital Reisen Reiseleitung
- Kleine Wanderwoche: „Der Vergangenheit auf der Spur“, „Auf historischen Pfaden“, „Ausflug in die Urgeschichte“
- Große Wanderwoche: zusätzlich zu den in der kleinen Wanderwoche eingeschlossenen Wanderungen „Impressionen der Nordküste“, „Bergtour im Nationalpark“. Alle Wanderungen inkl. Mittagessen mit Tischgetränken (lokaler Wein und Wasser)
- Vital Reisen Unterhaltungsprogramm
- Flugsicherheitsgebühren

Kleine Wanderwoche pro Person im DZ 839,00 Euro

Große Wanderwoche pro Person im DZ 939,00 Euro

Fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an!



Franz-Hellmut Schürholz im Ruhestand

Am 30. Juni 2005 hat sich der Präsident des Landeskriminalamts, Franz-Hellmut Schürholz, mit einem Stehempfang von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verabschiedet.

In den 13 Jahren seiner Amtszeit ist er wichtige Schritte zur Globalisierung der Kriminalitätsbekämpfung gegangen. Diese wurden bei seiner offiziellen Verabschiedung durch Innenminister Rech gewürdigt.

Für die Beschäftigten beim LKA waren die Jahre mit diesem Präsidenten bewegte Jahre. Er hatte Visionen, die andere nicht teilen konnten, und so kam es beispielsweise dazu, dass beim LKA seit 1994 fast kein Jahr vergangen ist, in dem es nicht eine Änderung der Organisation gegeben hat, und das ist noch nicht das Ende. Hätte sich der Visionär Schürholz durchgesetzt, wäre den Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern mancher organisatorische Zwischenschritt erspart geblieben. Doch dem großen Wurf lagen zu viele Steine im Weg. Er hat auch erleben müssen, dass eine Dienststelle wie das LKA nicht allein auf das Sammeln und Auswerten von Nachrichten und Informationen beschränkt werden kann, sondern maßgeblich von der Arbeit der mit „Herzblut“ ermittelnden Kolleginnen und Kollegen lebt.

Franz-Hellmut Schürholz ist ein ausgezeichneter Analytiker, der die Dinge sehr schnell auf den Punkt bringt. Er hinterfragt bohrend, und wenn er eine gefestigte Meinung hat, vertritt er sie nachdrücklich. Alles, was er sagt und tut, unterstreicht er mit seiner ausgeprägten Körpersprache.

Entscheidungen spontan zu treffen ist ihm immer sehr schwer gefallen. Er wog ab, verglich, ließ prüfen und entschied meist so loyal, wie es vom Präsidenten des LKA erwartet wurde.

Die Aktivitäten der Gewerkschaften im LKA hat Franz-Hell-



Franz-Hellmut Schürholz

mut Schürholz stets gefördert. Er wurde erst spät Mitglied der GdP und hat deren Entwicklung kritisch begleitet. Als ständiger ehrenamtlicher Mitarbeiter brachte er sein Wissen und seine Erfahrung in das Fachorgan „Die Kriminalpolizei“ ein.

Dem örtlichen Personalrat war er ein offener und vertrauensvoller Gesprächspartner.

Er nutzte aber die Möglichkeiten des Landespersonalvertretungsgesetzes voll aus, wenn

es zum Beispiel darum ging, Versetzungen ins LKA gegen den Willen des Personalrats durchzusetzen. Er ist eben Visionär, und wenn seine Kollegen Polizeipräsidenten bei Versetzungen ebenso gehandelt hätten, wären im Ergebnis alle Beteiligten zufrieden gewesen.

Bei allen Entscheidungen, die Franz-Hellmut Schürholz traf oder zu vertreten hatte, dachte er immer an den betroffenen Menschen. Leider war dies oft nicht für jedermann zu erkennen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass der Mensch Schürholz nur selten aus dem Schatten des Präsidenten und Juristen trat. Eine weit verbreitete „Vorgesetztenkrankheit“?

Mit ihm geht der vorläufig letzte Jurist vom Chefsessel des LKA. Wir danken ihm für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihm, dass er seine Lebensplanung im neuen Lebensabschnitt bei guter Gesundheit verwirklichen kann.

grj

TERMINE

Sammlerbörse

Es ist wieder soweit. Am 17. September 2005, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, findet in der Halle des Polzeisportvereines Freiburg, Lörcher Str. 20, die Internationale Tausch- und Sammlerbörse für Polizei-Effekten, Kopfbedeckungen, Ausrüstungen u. a. statt.

Anmeldung ist erforderlich bei J. Matschok, Hofackerstr. 80a, 79110 Freiburg, Tel. tagsüber: 07 61/8 82-37 02, Fax: 07 61/8 82 37 09, Tel. ab 17 Uhr: 07 61/89 11 12

wosch

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „September 2005“ ist Freitag, der 29. Juli 2005 (urlaubsbedingt) und für die „Oktober-Ausgabe 2005“ Freitag, der 9. September 2005.

NACHRUF

Alb-Donau: **Frida Gemmig**, Anschlussmitglied, 94 J.
Esslingen: **Werner Schroh**, PHM+Z a. D., 61 J.
Karlsruhe PP: **Wilhelm Maier**, PHM+Z a. D., 78 J.
Mannheim: **Erich Lapp**, PHK, 57 J.; Tübingen PD: **Walter Hafner**, PHM a. D., 80 J. **A. B.**